Türkei im Kampf

INFORMATIONEN, BERICHTE UND KOMMENTARE ÜBER DEN KAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS

NR.3/80
DM 1.-

MINENGÜRTEL um Technische Uni Ankara

FOLGENDE BEFEHLE WURDEN DEN STUDENTEN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE IN ANKARA BEKANNT GEGEBEN. SIE BELEGEN WIE DIE UNIVERSITÄTEN IN DER TÜRKEI FAKTISCH IN VOM MILITÄR KONTROLLIERTE UND BELAGERTE GEFÄNGNISSE UMGEWANDELT WURDEN. BESONDERS ZYNISCH IST DER VERWEIS DARAUF, DAß "BEDAUERLICHERWEISE" FÜR DIE ERMORDUNG VON STUDENTEN DURCH VERLEGTE MINEN IM GEBIET DER UNIVERSITÄT KEINE VERANTWORTUNG ÜBERNOMMEN WERDEN KÖNNE. BISLANG KONNTEN DIE STUDENTEN DER WOHNHEIME DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DAS GEBIET HINTER DEN WOHNHEIMEN BENUTZEN, UM BEI DEN IMMER WIEDER ERFOLGTEN FASCHISTISCHEN ÜBERFÄLLEN DURCH DAS MILITÄR ZU FLIEHEN. JETZT WURDE DAS GEBIET VERMINT.

B E F E H L   N R . 1

23 EYLÜL 1980   ÖĞRENCİLERE

YURTLAR BÖLGESİ GERİSİNDEKİ YALINCAK KÖYÜ İSTİKAMETİ KAMPUS GÜVENLİK KOMUTANLIĞINCA TENVİR MAYINLARIYLA TUZAKLANMIŞ VE BELİRTİLEN BÖLGEYE GİRİŞ ÇIKIŞLAR YASAKLANMIŞTIR. BÖLGEDE CEREYAN EDECEK HERHANGİ BİR MUESSİF HADİSEDE CAN KAYBINDAN YA DA YARALANMALARDAN KOMUTANLIĞIN SORUMLU OLMAYACAĞI BELİRTİLMİŞTİR.

ÖNEMLE DUYURULUR.

YURTLAR MÜDÜRÜ
GÜLTEKİN YELÇO

AN DIE STUDENTEN !

Durch die Campus-Sicherheitskräfte wurde das Gebiet hinter den Studentenwohnheimen in Richtung des Dorfes Yalincak vermint. Es wird bekannt gegeben, daß die Kommadantur im Falle eines bedauerlichen Zwischenfalles für Todesfälle oder Verletzungen keine Verantwortung übernimmt.

Zur Kenntnisnahme
25.September 1980

B E F E H L   N R . 2

1. Das Betreten und Verlassen der Wohnheime ist nur durch die Haupteingänge gestattet. Beim Betreten oder Verlassen werden alle Taschen, Koffer etc. durch die Verantwortlichen kontrolliert. Es ist angeordnet, daß, wenn bei den Kontrollen Materialien gefunden werden, die sich zum Plakate, Transparente oder Flugblatt schreiben eignen, der betreffende Student samt des aufgefundenen Materials an die Sicherheitskräfte übergeben wird.

2. Das Betreten der Wohnheime von Personen oder Studenten, die nicht in den Wohnheimen angemeldet sind, ist verboten. (Es wird später bekannt gegeben werden, wo und wie Besucher empfangen werden können).

3. Ist es für die studentische Arbeit notwendig, daß ein Student mit einem im Wohnheim angemeldeten Studenten zusammenarbeiten muß, dann muß er beim Betreten des Wohnheimes seinen Ausweis bei dem Beamten der Informationsstelle lassen. Bis spätestens 23 Uhr muß er das Wohnheim verlassen. (in der Informationsstelle wird aufgenommen, mit wem und in welchem Zimmer der Student arbeiten wird.) (Fortsetzung S.5)

BESTÄTIGUNG der Verfügung gegen den ATIF-Vorsitzenden O.Uludağ

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT DARMSTADT - DER POLIZEIPRÄSIDENT

VERFÜGUNG

Aufgrund des §6 Abs.2 AuslG. wird Ihnen hiermit das Recht zur politischen Betätigung in der BRD in der Weise beschränkt, daß Ihnen v e r b o t e n ist:

a) öffentlich in Wort und Schrift zur Gewaltanwendung, zur Androhung von Gewalt zur Vorbereitung gewalttätiger Aktionen und zur Unterstützung gewalttätiger Aktionen im Geltungsbereich des Ausländergesetzes und in der Türkei aufzurufen oder sich an solchen Aufrufen mittelbar oder unmittelbar zu beteiligen oder solche Aufrufe zu billigen,

b) öffentlich in Wort und Schrift Stellungnahmen abzugeben, die gegen die Regierung der BRD und ihre Politik sowie ihre Vertreter und Einrichtungen gerichtet sind,

c) aktiv oder inaktiv eine politische Betätigung auszuüben, die gegen die türkische Staatsform, die Regierung dieses Staates oder seine Repräsentanten und Einrichtungen gerichtet ist.

Diese Verfügung des Oberbürgermeister Darmstadt's wurde im Oktober'80 in einem neuerlichen Verfahren vom Regierungspräsidenten in Darmstadt bestätigt. (Fortsetzung S.2)

BRD-"Rüstüngssonderhilfe" für die faschistische türkische Junta

DAS IST „TÜRKEI-HILFE":

Militärjunta unterdrückt das Volk der Türkei mit westdeutschen Panzern!



DER KAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI KANN NICHT VERHINDERT WERDEN.

Am 17.11.1980 unterzeichneten der deutsche Botschafter in Ankara und der türkische Verteidigungsminister Bayuelken ein Abkommen über eine sogenannte einmalige Rüstungssonderhilfe von 600 Mill. DM zur "Modernisierung der türkischen Streitkräfte".

Nur knapp zwei Monate nach dem Militärputsch in der Türkei, nach den ständig wiederholten Beteuerungen der westdeutschen Regierung, die "Türkei-Hilfe" weiterlaufen zu lassen, gewährleistet der westdeutsche Staat der türkischen Militärjunta nun noch eine "ganz besondere" weitere Hilfestellung. Die türkische Armee, deren Panzer und Bajonette (beides deutscher Herkunft) im ganzen Land das Volk niederhalten, soll noch mehr modernisiert werden, soll also mit anderen Worten noch besser für die Unterdrückung des Volkes der Türkei ausgestattet werden.

Die Unverfrorenheit, mit der die westdeutschen Imperialisten mittels ihrer bürgerlichen Presseorgane diese "Rüstungshilfe" propagieren können, weist auf die enorme Schwäche der antifaschistischen Bewegung in der BRD und Westberlin hin. Alle Antifaschisten müssen mit allen Mitteln, mit Aktionen, mit Flugblättern, mit aufklärenden Informationen etc. eine Öffentlichkeit darüber schaffen, daß der westdeutsche Staat ein faschistisches Regime in der Türkei finanziert, aufrecht erhält und massiv unterstützt, daß es für alle Demokraten und Antifaschisten eine dringende Aufgabe ist, dagegen aufzutreten und den Kampf des Volkes der Türkei sowohl gegen die Unterdrücker im Innern als auch gegen die Unterdrücker von außen (wie insbesondere die westdeutschen Imperialisten) zu unterstützen.

INHALT :

Die ersten Massenprozesse gegen Revolutionäre Organisationen beginnen



Trotz der starken Retuschierung des Fotos durch die türkische Zeitung, die es veröffentlichte, sind die Spuren der Folter an den angeklagten PARTIZAN-Revolutionären erkennbar.

Die ersten Massenprozesse gegen revolutionäre Organisationen in der Türkei haben bereits begonnen. Seit einigen Wochen findet der Prozeß gegen die marxistisch-leninistische Zeitschrift PARTIZAN statt. Gegen 11 der 17 Angeklagten beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Den 11 Angeklagten wird "der Wunsch nach Zerschlagung der verfassungsmäßigen Ordnung" angelastet. Darauf steht nach dem Paragraph 146.1-6 des türkischen Strafgesetzes die Todesstrafe.

Die türkischen Zeitungen kündigen bereits auch die weiteren Massenprozesse an. In solchen sogenannten "Organisationsprozessen" wird in dem Strafverfahren nicht mehr ein Einzelner angeklagt und verurteilt, sondern es werden Organisationen angeklagt und alle die der jeweiligen Organisation zugerechnet werden, werden in einem Verfahren verurteilt.

Diese Praxis steht, wie die türkische Zeitung "Tercüman" in ihrem Artikel vom 20.10. zu diesen Prozessen hervorhebt ganz in der Tradition der Zeit des 12. März 1971. Auch damals wurden hunderte und tausende von Revolutionären, Demokraten etc. in den sogenannten Organisationsprozessen zum Tode oder zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Daß es sich bei den bereits stattfindenden und kommenden Prozessen lediglich um Schauprozezesse handelt, daß die Angeklagten in Wahrheit schon längst verurteilt sind, illustriert die Berichterstattung in den türkischen Medien anschaulich. So schreibt "Tercüman" in dem bereits erwähnten Artikel:

"Die Prozesse gegen die illegalen kommunistischen Organisationen, die noch bei den Kriegsgerichten laufen und durch die Istanbuler Kriegsrecht-Staatsanwaltschaft untersucht werden, werden zu 'vier großen Organisationsprozessen' zusammengefasst. Wie in der Zeit des 12.März werden auch jetzt vier große illegale kommunistische Organisationen TKP/ML-TIKKO, MLSPB, Dev-Sol und IGD als Organisationen angeklagt. Diese Organisationen haben in Istanbul viele blutige Terror-Aktionen durchgeführt, bei denen sie viele Menschen getötet und verwundet haben. Sie haben auch viele Überfälle, bei denen Millionen von Liras geraubt wurden gemacht.

Von den zuständigen Stellen wurde bekannt gegeben, daß die Anklagen gegen die durch die Kriegsrecht-Kommadantur verhafteten 34 TIKKO-Mitglieder, unter denen sich auch Mitglieder des ZK der TKP/ML (*) befinden, mit anderen zur Zeit laufenden Prozessen bzw. Verhören gegen TIKKO-Mitglieder zusammengefaßt werden. Als erster Prozeß wird der TIKKO-Prozeß stattfinden. Diesem werden der Prozeß gegen die MLSPB (**) und weitere Organisaationsprozesse folgen.

Auch gegen die Çayan (***) Anhänger Organisation Decrimçi-Sol (****) die bei Operationen nach dem Mordanschlag auf den Exministerpräsidenten Nihat Erim (ehemaliger Ministerpräsident in der 12. Märzperiode 1971 A.d.Ü.) einen schweren Schlag erlitten hat, wird Anklage erhoben. Von dieser Organisation wurden in den letzten 3 Monaten 600 Anhänger verhaftet."

Wir werden in "Türkei im Kampf" über die Prozesse und die Urteile weiter berichten und hoffen damit auch einer gewissen Öffentlichkeit über den faschistischen Terror in der Türkei zu schaffen. Das führt hoffentlich dazu, daß sich zunehmend Protest gegen die Verfolgung, Unterdrückung und Ausschaltung revolutionärer Organisationen in der Türkei auch hier in Westdeutschland und in Westberlin erheben wird.



Darauf steht die Todesstrafe: PARTIZAN-Veranstaltung in dem Dorf Kürecik - Die Bauern diskutieren über ihre Lage und welchen Ausweg es daraus gibt mit den PARTIZAN-Revolutionären !

(*) TKP/ML:"Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten" und ihre Armeeorganisation TIKKO:"Arbeiter und Bauern-Befreiungsarmee der Türkei"
(**)MLSPB, guevaristisch orientierte:"marxistisch-leninistische bewaffnete Propagandaunion"
(***)Cayan: Gründer der THKP/C:"Befreiungsfront und Partei der Türkei",ebenfalls guevaristisch orientiert
(****) Devrimci Sol:"Revolutionäre Linke",eine Abspaltung von der THKP/C

HINWEIS: IN DER NÄCHSTEN NUMMER DER "TÜRKEI IM KAMPF" BEGINNEN WIR MIT EINER SERIE, IN DER WIR DIE VERSCHIEDENEN REVOLUTIONÄREN ORGANISATIONEN IN DER TÜRKEI UND IHRE UNTERSCHIEDLICHEN POLITISCHEN POSITIONEN ZU WICHTIGEN FRAGEN DARSTELLEN WERDEN !

FORTSETZUNG VON S.1 "BESTÄTIGUNG ....."

Der Regierungspräsident lehnte den von O.Uludag gegen die Verfügung erhobenen Widerspruch ab. Zugleich lieferte er eine teils noch viel weitergehende Begründung des Verbotes der politischen Betätigung von O.Uludag als die erste Verfügung.

1. DIE BEURTEILUNG DER HERRSCHENDEN REGIERUNG IN DER TÜRKEI ALS FASCHISTISCH - STÖRT DIE FREUNDSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BRD UND DER TÜRKEI !

x Der Regierungspräsident stellt fest: "Dem Widerspruchsführer kann nicht uneingeschränkt gestattet werden im Gebiet der BRD, also in einem Gastland gegen die Regierung seines Heimatlandes sowie frühere Regierungschefs zu agitieren. Denn solche politische Betätigung des Widerspruchsführers ist geeignet, die zur Türkei bestehenden freundlichen Beziehungen empfindlich zu belasten". (ebenda,S.8) Unverhüllter und offener kann man sich ein Bekenntnis des westdeutschen Staates zur faschistischen Militärjunta, zum faschistischen Gesellschaftssystem der Türkei kaum noch vorstellen.

ES IST VERBOTEN DIE TÜRKEI-HILFE FÜR DIE FASCHISTISCHE MILITÄRJUNTA ZU BEKÄMPFEN UND ZU KRITISIEREN !

x Der Regierungspräsident bestätigt, daß es das "Maß an vertretbarer Kritik überschreite", wenn "Angriffe gegen die BRD, die wegen der Verhandlungen mit der Türkei über eine Wirtschaftshilfe als faschistisch, revanchistisch, militaristisch und imperialistisch sowie als Räuber diffamiert werde" in Flugblättern der ATIF unternommen werden. (S.6 der Verfügung) Es wird also nichts anderes verboten, als die Türkei-Hilfe als das zu bezeichnen was sie in Wirklichkeit ist - eine Hilfe für die Militärjunta - eine Hilfe, die dem Volk der Türkei nichts nützt, sondern im Gegenteil, ihm nur schadet.

DIE BRD ARBEITET "KEINESWEGS MIT DEN GRAUEN WÖLFEN ZUSAMMEN" ?

x Vehement wird in der Verfügung der Vorwurf, "daß die Behörden der BRD mit den 'rechtsgerichteten Grauen Wölfen' zusammenarbeite" zurückgewiesen. (ebenda, S.6). Es ist wirklich ein Hohn wie hier die Wahrheit 'gesetzlich' geregelt wird. Denn selbst die bürgerliche Presse behandelt es mittlerweile als 'offenes Geheimnis', daß sich u.a. 8 namentlich bekannte führende Faschisten der 'Grauen Wölfe' mit bekanntem Aufenthalt in der BRD befinden, daß die verschiedensten 'Islamvereine' Tarnorganisationen der 'Grauen Wölfe' sind und von den Behörden mit Räumen etc. unterstützt werden.

2. VERBOT DER POLITISCHEN BETÄTIGUNG FÜR FORTSCHRITTLICHE AUSLÄNDER !

In der Rechtfertigung des Verbotes der politischen Betätigung für den

Y. Güney – ein Künstler des Volkes der Türkei

Yilmaz GÜNEY ist ein Schriftsteller, Drehbuchautor, Filmschauspieler und Filmregisseur in der Türkei. Bekannt ist er in der BRD und in Westberlin erst durch den Film "SÜRÜ" - "Die Herde" für den er das Drehbuch schrieb, geworden. Dieser hier bislang kaum bekannte Künstler ist in der Türkei einer der bekanntesten Filmschauspieler, Autor etc. Im Zusammenhang mit der Sendung seiner Filme im ZDF wurde auch ein Interview mit ihm im Fernsehen gebracht. Dieses Interview wurde auf der Gefängnisinsel Imrali aufgenommen.



Y.GÜNEY erneut vor den faschistischen Gerichten angeklagt - der Staatsanwalt fordert über 40 Jahre Gefängnis

Denn Y.GÜNEY sitzt seit 1974 in der Türkei im Gefängnis. Er wurde zu 19 Jahren Gefängnis von der faschistischen Justiz verurteilt. Angeblich sollte er einen Richter ermordet haben. Aber bereits während des Prozeßes bekannte sich ein anderer zu dieser Tat. Trotzdem wurde Y.GÜNEY verurteilt. Denn Y.GÜNEY und seine Kunst waren und sind eine ständige Provokation für die Herrschenden in der Türkei. In seiner Kunst drückt er nicht nur das Leid des Volkes der Türkei, sondern vorallem auch seine Hoffnungen, seine Stärke und seinen Mut sich dem Leid zu widersetzen und für eine menschenwürdigere Zukunft zu kämpfen, aus. In dem ZDF-Interview fragt der Interviewer in ziemlich arrogantem Ton einen Schuhputzer in Istanbul, ob er denn schon mal was von Y.GÜNEY gehört hätte. Erstaunt blickte der Junge auf von seiner Arbeit: "Aber natürlich". Und der verdutzte Frager, der es offenbar für ausgeschlossen hält, daß ein Schuhputzerjunge in Istanbul, Y.GÜNEY nicht nur so vom hören kennt, muß sich von dem Jungen eines besseren belehren lassen.
Er kennt nicht nur alle Filme von und mit Y.GÜNEY, sondern hat auch fast alle seine Bücher gelesen. "Denn", so der Junge "er schreibt über uns, unser Leben und unsere Zukunft." Und eben darum haben ihn die Herrschenden ins Gefängnis geworfen. Und eben darum machen sie ihm jetzt neuerlich Prozesse, um ihn für immer hinter Gefängnismauern zu halten. In 8 Prozessen, die im Moment gegen ihn laufen, in denen er u.a. wegen "kommunistischer Propaganda" angeklagt wird, sind Gefängnisstrafen von insgesamt über 40 Jahren beantragt.

Glaube an den Pfirsichkern – vertraue auf die eigene Kraft

Y. Güney

Das kleine Kind versuchte, einen Pfirsichkern mit seinen Zähnen zu zerbeißen.

Sein Vater sagte zu ihm:

"Mein Sohn! Du kannst den Pfirsichkern mit Deinen Zähnen nicht zerbeißen!"

Wieder und wieder versuchte das Kind, den Pfirsichkern mit seinen Zähnen zu zerbeißen. Es kratzte, seinen Zahnschmelz abreibend, an der rauhen, harten Schale des Pfirsichkerns, die einem Traktorreifen ähnelte. Das Kind befühlte seinen schmerzenden Zahn, der wackelte.

"Mein Sohn!" sagte der Vater wieder: "Der Pfirsichkern ist sehr hart, Du wirst Deinen Zähnen, nicht aber dem Kern wehtun!"

Das Kind beharrte. Um jeden Preis wollte es diesen harten Kern zerkleinern. Es legte ihn auf den Boden und trat mit seinem Absatz auf ihn ein. Der Kern zerfiel nicht.

"Wenn Du hartnäckig bist, bin ich noch hartnäckiger!"

sagte das Kind.

Darauf hin faßte es einen Stein und versuchte damit den Kern zu zerschlagen. Bei jedem Schlag sprang der Kern mal in diese, mal in jene Richtung.

"Der Pfirsichkern ist sehr hart," sagte der Vater, "mit solch einem kleinen Stein kannst Du ihn nicht zerschlagen."

Das Kind gab dem Kern einen Fußtritt, der Kern fiel auf dem Erdboden neben der Wasserpumpe nieder. Zornig trat das Kind auf ihn ein, so daß er sich tief in das Erdreich bohrte.

Es verging Tag um Tag.

Das Kind hatte den Pfirsichkern vergessen. Eines Tages rief sein Vater nach ihm als es mit den Kindern des Slumviertels spielte.

"Was ist das, mein Sohn?" fragte der Vater.

"Unkraut!" entgegnete das Kind.

"Das ist kein Unkraut," sagte der Vater, "das ist der Sprößling eines Pfirsichbaumes, der aus jenem Kern entstanden ist, den Du mit Deinen Zähnen und mit dem Stein nicht zerstören konntest."

Das Kind erinnerte sich an den harten, hartnäckigen Kern. Der Kern, den es mit seinen Zähnen, mit dem Stein und durch Fußtritte nicht zerstören konnte, hatte sich in einen Sprößling verwandelt. Dieser Sprößling wird wachsen und zu einem Pfirsichbaum heranreifen. Er wird blühen und Früchte tragen. Das Kind staunte ...

Sein Vater sagte zu ihm:

"Mein Sohn! Wann und wo, unter welchen Bedingungen Du auch leben magst, wenn Du in Schwierigkeiten gerätst, erinnere Dich immer an den Pfirsichkern. Du konntest diesen Kern weder mit Deinen Zähnen noch mit dem Stein zerkleinern. Aber wenn der Kern auf günstigen Boden fällt, wenn die Zeit reif ist, zerfällt die harte Schale und der Sprößling durchdringt das Erdreich. Was ist es, was diesem Kern diese Kraft gibt, mein schöner Sohn? Der Kern nimmt die Kraft, die seine Schale sprengt, aus seinen inneren Widersprüchen, mein Sohn. Jedes Ding trägt seine Gegensätze in sich. Jedes Ding trägt in sich das Wesen, durch das es sich selbst verwandelt und verändert."

Das Kind hörte mit größter Aufmerksamkeit seinem Vater zu. Lächelnd sagte sein Vater zu ihm:

"Glaube an den Pfirsichkern, vertraue auf die eigene Kraft"

(Fortsetzung von S.2 "BESTÄTIGUNG..")
ATIF-Vorsitzenden verkündet der Regierungspräsident, die geistige und juristische Grundlage für dieses Vorgehen gegen fortschrittliche Ausländer: "der Bericht des Innenausschusses des des Bundestages erwartet von dem ausländischen Gast Zurückhaltung und ist nicht bereit zu dulden, daß Ausländer sich in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes einmischen oder dieses zum Austragungsort von politischen Spannungen und Streitigkeiten machen, die ihren Ursprung in anderen Ländern oder Gesellschaftssystemen haben". (ebenda, S.10) Faktisch wird in diesen Ausführungen jegliche politische Betätigung für Ausländer, die sich gegen ihre faschistischen Regierungen und deren Unterstützung durch die BRD richtet, untersagt. Mit diesen Ausführungen und dieser Praxis, werden selbst solche an sich schon relativ schwammigen Formulierungen der Genfer Menschenrechtskonvention offen revidiert. Die Menschenrechtskonvention fordert das Recht auf Meinungsfreiheit und -äußerung unabhängig von Rasse, Nationalität etc.

Abschließend trifft der Regierungspräsident die entlarvende Differenzierung zwischen 'erlaubter' "schlichter Meinungsäußerung" und einem "gesetzwidrigen Gesamtverhalten" (ebenda, S.11), wie es angeblich O.Uludag zeige. Man glaubt fast ein Urteil des Freislerschen "Volksgerichtshofes" zu lesen. Damals wurde ebenfalls von dem "gegen die Volksgemeinschaft verstoßenden Gesamtverhalten" der Ausländer, Juden, Kommunisten etc. gesprochen, um alle fortschrittlichen, demokratischen, revolutionären Bestrebungen zu unterdrücken. Die alten Traditionen sind offenbar noch sehr lebendig in der deutschen Justiz. Um so mehr müssen wir unbedingt und entschieden solchen Maßnahmen der westdeutschen Justiz entgegentreten und uns mit den politisch verfolgten Ausländern solidarisieren.

AUFHEBUNG DES VERBOTES DER POLITISCHEN BETÄTIGUNG FÜR O.ULUDAG !

WEG MIT DEM AUSLÄNDERGESETZ !

U.Linke

Militärputsche in der Türkei (1960, 1971 und 1980)

(Übersetzung eines Artikels aus "Mücadele", TEIL II)

DER PUTSCH VOM 12. MÄRZ (1971)

Die DP, die mit dem Putsch 1960 von der Regierung entfernt wurde, tauchte wieder als AP (Gerechtigkeitspartei) auf. Nach einer kurzen Koalitionsregierung ist die AP unter Leitung Demirels wieder, und diesmal allein, an die Regierung gekommen.

Der Widerstand der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen hatte wieder große Ausmaße angenommen. Eine Reihe von demokratischen Rechten, die Anfang der 60er Jahre durch den Kampf errungen worden waren, wurden im Laufe des Kampfes und trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klassen bewahrt und haben für die Entwicklung des Kampfes eine große Rolle gespielt. Um den stets wachsenden Kampf des Volkes der Türkei zu unterdrücken, wurde wieder mehrmals lokal Kriegsrecht verhängt. Neue Unterdrückungsgesetze wurden verabschiedet. Die Revolutionäre wurden in Kerker geworfen und gefoltert. All diese Maßnahmen konnten den Klassenkampf nicht vollständig unterdrücken. Die Frage war nicht mehr die Frage der AP-Regierung, sondern die Frage nach der Aufrechterhaltung der Ordnung der herrschenden Klassen.

Eben in diesem Zustand wurde am 12. März 1971 im Namen des Militärs ein Memorandum an die Regierung gerichtet und die Demirel-Regierung wurde gezwungen, sich zurückzuziehen. Das Militär hat die Macht im Gegensatz zu 1960 nicht direkt übernommen, das Parlament wurde nicht aufgelöst. Aber die Marionettenrolle des Parlaments wurde noch klarer. Es wurde nochmals klar, daß die Politik durch die Gewehrläufe bestimmt wird. Eine Periode, die Periode des 12. März genannt wird, hatte begonnen. In dem Memorandum forderten die Putschisten:

"Die Regierung hat mit ihrer Haltung, ihrer Weltanschauung und ihrer Praxis unser Land in Anarchie, in den Bruderkrieg und in soziale und ökonomische Unruhen getrieben. Sie hat den Anspruch und die Hoffnung, eine moderne Zivilisation zu erreichen, die uns Atatürk gezeigt hat, in der Öffentlichkeit verloren und die Reformen, die die Verfassung voraussetzt, nicht durchgeführt. Damit wurde die Zukunft der türkischen Republik einer großen Gefahr ausgesetzt.
Unsere Nation und die aus ihrem Schoß geborenen Streitkräfte sind in großer Sorge und Hoffnungslosigkeit über die eingetretene ernste Lage.
Unser Parlament muß mit einer überparteilichen Auffassung diese Lage beurteilen und verändern. Im Rahmen der demokratischen Regeln muß eine starke und glaubhafte Regierung gebildet werden, die - geleitet von der kemalistischen Weltanschauung - die von der Verfassung festgelegten Reformen und die Gesetze der Revolution durchführt.

Wenn dies nicht schnell verwirklicht wird, werden die türkischen Streitkräfte die Aufgabe von Beschützern und Wahrern der Republik der Türkei, die ihnen durch die Gesetze gegeben wurden, wahrnehmen und die Macht direkt übernehmen.

Zu Ihrer Kenntnisnahme:

gez.: die obersten Kommandeure der Armee, des Heeres, der Marine und der Luftstreitkräfte."

Wie man sehen kann, ist es wieder der "Bruderkrieg" (Bürgerkrieg), den sie verhindern wollten. Als Grund für den Putsch wird die Unfähigkeit der Regierung genannt, d.h. daß die Regierung die Probleme nicht lösen konnte. Das Ziel war, neue Gesetze herauszugeben, die die "existierende anarchistische Lage" beseitigen sollten usw. . Nach dem Memorandum wurden die "überparteilichen Regierungen" gebildet, in denen Vertreter aller Flügel der herrschenden Klassen teilgenommen haben und die alle herrschenden Klassen insgesamt vertraten.

> **Die "FAZ" zum Putsch '71**
>
> Zu Beginn der siebziger Jahre verschärfte sich die politische und wirtschaftliche Situation der Türkei aber wieder so sehr, daß sich das Militär abermals zum Eingreifen gezwungen sah. Nach einem Putsch setzte die Armeeführung den parteilosen Professor Nihat Erim als Regierungschef eines Übergangskabinetts ein. Als die Armeeführung glaubte, daß das Land sich beruhigt habe, gab sie die Erlaubnis zur Ausschreibung von Neuwahlen.
>
> Der faschistische Putsch wird, ganz wie heute, als "letztes Mittel" zu dem die Armee greifen mußte, hingestellt !

In der Periode dieser Regierungen wurden im Namen aller herrschenden Klassen eine Reihe faschistischer Maßnahmen getroffen, für die keine Partei, die sich an Wahlen beteiligt, allein die Verantwortung tragen konnte.

Der Putsch vom 12.März fand am Anfang im Namen des gesamten Militärs statt. Die Vertreter der verschiedenen Flügel der herrschenden Klassen in der Armee gingen am Anfang gemeinsam vor. Aber im Laufe der Zeit hat die unbändige pro-amerikanische Clique um Tağmaç die Clique um Batur liquidiert.

Nach dem Putsch am 12. März haben die herrschenden Klassen ihre Angriffe gegen das Volk noch mehr konzentriert. Dem faschistischen Terror gelang es, den Klassenkampf in gewissem Ausmaß zurückzudrängen. Das hat aber nicht lange gedauert. Von 1973 an begann der Klassenkampf sich wieder zu entwickeln. Ende der 70er Jahre, Anfang 1980 nahm der Klassenkampf neue Ausmaße an, so daß er die faschistische Ordnung der herrschenden Klassen offen bedrohte. Die herrschenden Klassen hatten immer weniger Möglichkeiten, ihre faschistische Diktatur mit der parlamentarischen Maske zu versehen. In so einer Situation kam der Putsch am 12. September 1980. Wieder ist das Ziel eine Verhinderung des "Bruderkrieges" !

**

Vergleicht man diese Putsche, wird klar, daß die Gemeinsamkeit aller Putsche die Aufrechterhaltung der faschistischen Ordnung der herrschenden Klassen ist und am Anfang aller Putsche, wenigstens der erfolgreichen, das Militär zusammen vorging. Im Laufe des Prozesses kann diese Einheit brechen und die verschiedenen Vertreter der herrschenden Klassen in der Armee versuchen, ihre Gegner zu liquidieren. Und weiter wird bei der Betrachtung aller dieser Putsche klar, daß die herrschenden Klassen in verschiedenen Perioden durchaus bereit sind, ihre führenden politischen Vertreter zu opfern, um ihre Macht nicht zu verlieren. Einzelne Personen können sie zu Verantwortlichen stempeln und sie bestrafen, so zum Beispiel:

Im Jahre 1960 wurde die Menderes-Regierung, im Jahre 1971 die Demirel-Regierung und die anderen Parteien für die entstandene Lage verantwortlich gemacht. Nach dem Putsch 1960 wurden die Führer der DP vor Gericht gestellt und bestraft. Die "hochkarätigen" Politiker der herrschenden Klassen wie Menderes, Polatkan und Zorlu wurden geopfert.

Jetzt werden alle Parteien und die staatlichen Institutionen, die ihre Aufgabe nicht erfüllt haben, als Verantwortliche angeklagt. Die heutigen Putschisten können durchaus auch die führenden Personen von dieser oder jener Partei vor Gericht stellen, sogar bestrafen. Das aber ist nichts anderes als das Volk zu betrügen, einzelne Personen als Verantwortliche hinzustellen, um die faschistische Ordnung zu rechtfertigen. Solche Sachen sollten uns nicht irreführen. Die Möglichkeit, daß die Junta für die beiden größten Parteien (gemeint sind AP und CHP) einen solchen Weg wählt ist gering, denn so eine Haltung bedeutet für die Junta Isolierung vor der Weltöffentlichkeit (Anm: Das hat die Praxis inzwischen bestätigt. Ecevit und Demirel wurden von der Junta bereits wieder auf freien Fuß gesetzt). Und die heutige Junta ist wie die vorherigen Junten vollständig dem "freien Westen" verbunden und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig.

Daher ist es - wenn keine außergewöhnlichen Ereignisse eintreten - nicht zu erwarten, daß die Politiker der beiden größten Parteien bestraft werden. Es ist verständlich, daß auch die MHP keinen großen Schaden davontragen wird, da sie in der Junta und im Militär wichtige Stützpunkte hat. Als mögliches nächste Opfer erscheint die MSP (Nationale Heilspartei). (Weil diese Partei eine religiös-faschistische Partei ist und die Bestrafung der Politiker dieser Partei im "freien Westen" keine großen Proteste hervorrufen würde. Anm. des Übersetzers)

Die Junta wird hauptsächlich das Volk und seine Organisationen angreifen. Die heutige Hauptaufgabe ist die Vorbereitung auf diese Angriffe. Der Putsch vom 12. September 1980 hat dem Klassenkampf einen schweren Schlag versetzt und kann ihn zurückdrängen. Aber es ist unmöglich, daß der Putsch den Klassenkampf stoppt. Wie nach den vorherigen Putschen der Klassenkampf nach einer Weile gewachsen ist, wird es auch diesmal so sein. Daran soll niemand zweifeln.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
E.Stralucke, 61 Darmstadt, Neckarstr. 8 - 10
Eigendruck im Selbstverlag

. 56 anstatt 48 Stundenwoche
. Kürzung der Betriebsprämien

Laut Meldungen der türkischen Zeitung "Milliyet" im November 1980 erwägt das türkische Arbeitsministerium Pläne, die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit von 48 Stunden auf 56 Stunden zu erhöhen. Die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne einem Lohnstop unterliegen, sollen für den selben Lohn 8 Stunden mehr pro Woche arbeiten.

Gleichzeitig sollen auch die Betriebsprämien für in Rente gehende und entlassene Arbeiter um 30% gekürzt werden. Dies sind Maßnahmen, die eine drastische Verschlechterung der elenden Lebenslage der Arbeiter bedeutet. In der Türkei ist der Lohn der Arbeiter bereits so niedrig, daß er gerade so das Lebensminimum sichert.

Wird ein Arbeiter entlassen, so erhält er keinerlei Arbeitslosenunterstützung oder dergleichen, oder geht ein Arbeiter in Rente, so bekommt er lediglich 70% seines bisherigen Lohnes weiterbezahlt. In harten Streikkämpfen setzten daher die Arbeiter in der Türkei im Laufe der letzten Jahre ihre Forderung nach sogenannten Betriebsprämien durch. Diese Betriebsprämien sind ein einmaliger Betrag, der dem Arbeiter bei Entlassung oder sonstigem Ausscheiden aus dem Betrieb, wie in Rente gehen, ausgezahlt wird. Diese Prämien sollen nun um 30% gekürzt werden. Die entlassenen Arbeiter verlieren so fast die Hälfte ihres "Überbrückungsgeldes" und werden so noch früher das Elend der anderen Arbeitslosen teilen, und die in Rente gehenden Arbeiter können noch weniger als bisher von ihrer Rente leben.

■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■

CHRONIK DER UNTERDRÜCKUNG SEIT DEM PUTSCH IN DER TÜRKEI

Wir wollen dieser Chronik den Auszug einer Rede Evren's, des faschistischen Militärführers des Putsches vom 12.9. voranstellen. Kurz und bündig führt er selbst aus, gegen wen sich der Terror der Militärjunta richtet und er fordert die gesamte faschistische Rechte auf, ihn und seinen Staat bei der "Kommunistenjagd" zu unterstützen:

"Ich werde Euch über die Arbeit nach dem 12.September und die Gerüchte, die überall verbreitet werden, berichten. Wir sind eine neutrale Regierung, die alle Bürger gleich behandelt als Personen dieses Vaterlandes und wir arbeiten für alle. Manche böswilligen Personen, manche Menschen, deren Interessen durch uns angetastet werden, tuen alles, um uns anzuschwärzen. Wir finden das ganz normal. Wir erwarten von denen nicht, daß sie für uns sind, die sagen, dieses Regime bekämpft die Rechten und läßt die Linken, die Kommunisten, unbehelligt. Eines müßt ihr wissen, jeden Tag werden hunderte, ja tausende Personen der Linken entweder erschossen oder nach Operationen gefangen genommen. Wenn es noch Personen gibt, die wir noch nicht festgenommen haben, dann sollen die, die sich darüber beschweren, uns dabei helfen, damit wir diesen Kampf erfolgreich beenden. Aber einerseits setzen sie Gerüchte in die Welt und auf der anderen Seite tun sie nichts. Mit solchen Gerüchten das Gehirn des Volkes zu vernebeln ist kein Patriotismus, sondern grenzt an Provokation. Wir haben den Kampf gegen den Terror stets als vorrangig betrachtet, denn wir können kein anderes Problem anpacken, bevor wir dieses nicht gelöst haben." (Rede in Corum Hürriyet vom 20.11.)

In der Chronik führen wir die Fälle an, die in westdeutschen und türkischen Zeitungen angeführt wurden, aber sicher noch kein adäquates Bild der Zustände in der Türkei widerspiegeln. Laut FAZ vom 13.11. sieht die Bilanz der ersten Wochen der faschistischen Militärregierung folgendermaßen aus: "Nach der letzten verfügbaren amtlichen Darstellung sind seit dem Staatsstreich am 12.September bis gegen Ende Oktober nahezu 10 000 Personen verhaftet oder in Gewahrsam genommen worden, rund 800 wurden verurteilt."

* Am 12.10.1980 wurden fünf Guerillakämpfer in der südöstlichen Stadt Hakkai von türkischen Militärkräften erschossen.
* Am 14.10.80 wurden A.Samer und K. Tamdogen zum Tode verurteilt, da sie angeblich einen amerikanischen Marineoffizier erschossen haben sollen.
* Am 28.10.80 wurde ein Revolutionär wegen angeblicher Ermordung eines Soldaten in Istanbul zum Tode, sein Bruder im selben Zusammenhang zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.
* Ebenfalls am 28.10. wurde der einer revolutionären Organisation angehörige Söyergün in Adana gehenkt. Er soll angeblich den faschistischen Gewerkschaftsführer Polat erschossen haben.
* Am 4.11.80 wurden in Kiziltepe 8 Revolutionäre (2 kurdischer Nationalität) von einem Sicherheitskommando umgebracht.
* Am 11.11.80 gibt die Armee- und Kriegsrechtkommandantur Instanbuls die Festnahme von 260 Personen, davon 202 Personen, die "linksextremistischen Organisationen zuzurechnen" sind, bei Razzias und Hausdurchsuchungen in verschiedenen istanbuler Stadtvierteln bekannt.
* Am 24.11.wurde das Todesurteil gegen Erdal Eren, das bereits in eine Gefängnisstrafe verwandelt war, wieder erneut bestätigt.
* Am 25.11. wird in türkischen Zeitungen bekannt gegeben, daß 3o Anhänger von Dev.Yol (Revolutionärer Weg) zum Tode verurteilt wurden.
* Am 25.11. wurde ebenfalls bekannt, daß 6 Anhänger von Dev.Sol (Revolutionäre Linke) zum Tode verurteilt wurden.

Die Hoffnungen der "Grauen Wölfe" bestätigen sich:

Die ersten Terrorurteile in Augusburg

Am 28.8.80 endete der erste Prozeß gegen einen angeklagten Antifaschisten aus der Türkei in Augsburg. Freispruch. Zu offensichtlich haltlos waren die ihn belastenden Zeugenaussagen zweier türkischer Faschisten: sie, die ihn vor der Polizei identifizierten, behaupteten in der Verhandlung, sie sähen ihn zum ersten Mal. Für die weiteren Prozesse wurden die "Zeugen" allerdings besser gerüstet. So fielen in den folgenden Prozessen bereits die ersten Terrorurteile: vier Antifaschisten wurden zu zehn Monaten, zwei zu achtzehn Monaten, einer zu zwölf Monaten und einer zu neun Monaten Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Siebzehn Antifaschisten befinden sich noch in Haft, gegen siebzig läuft noch die Anklage.

Damit bestätigt sich die Voraussage der "Grauen Wölfe", die sie in einem Flugblatt trafen (siehe TIK Nr.1, S.6): "Nun werden 80 Asylierte von ATIF und 120 kommunistische Arbeiter ihre Strafe von deutschen Richtern bekommen. 120 Mitglieder der ATIF, 120 Verräter sind verhaftet worden."

***

Entgegen den üblichen Gepflogenheiten deutscher Gewerkschaften haben deutsche Gewerkschafter einmal offen Stellung für verfolgte Antifaschisten aus der Türkei in der BRD bezogen. So verabschiedete die Ortsgruppe der GEW in Augsburg folgende Resolution:


GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT · KV AUGSBURG
MITTLERER GRABEN 10
8900 AUGSBURG

Resolution der GEW zu den Vorfällen zwischen dem "islamischen Kulturverein" und dem "Verein der Arbeiter und Jugend aus der Türkei."

Nach uns vorliegenden Informationen hatte am 17.Juni 198o der "islamische Kulturverein", hinter dem sich die faschistische MHP("Graue Wölfe") und die national-religiöse MSP verbergen, zu einer "religiö sen Konferenz" im Annasaal in Augsburg eingeladen.

Die Demokraten und Antifaschisten des "Vereins für die Arbeiter und Jugend aus der Türkei" wollten in den Saal, um die faschistische Propaganda zu verhindern. Die Faschisten hinderten sie daran, indem sie mit Knüppeln, Messern und Eisenketten angriffen. Die Polizei, von den Faschisten schon vorher informiert, war sofort mit einem Aufgebot von ca.7o Mann zur Stelle.

Nach einer ersten Verhaftungswelle dehnte die Polizei ihre Fahndung auf die ganze Innenstadt aus. 136 Türken wurden festgenommen, darunter auch schwangere Frauen, Kinder und Jugendliche. 82 wurden dem Haftrichter vorgeführt, gegen 78 wurde Haftbefehl erlassen. Dabei wurden nur Demokraten und Antifaschisten verhaftet.

Der vorwurf lautet auf "schweren Landfriedensbruch", bedroht mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 1o Jahren.

Den 78 Verhafteten droht außerdem ein Schnellgerichtsverfahren und Abschiebung in die Türkei.

Bei der Türkeihilfe-Debatte letzte Woche im Bundestag kam zur Sprache, daß "die türkischen Behörden zu Folter und willkürlichen Verhaftungen" greifen.

Verhaftung, Gefängnis und Folter erwartet auch die 78 türkischen Arbeiter, wenn sie abgeschoben werden.

Wir Gwerkschafter müssen gegen den Faschismus in jeder Form kämpfen. So wie wir gegen den NPD - Bundesparteitag in Augsburg kämpfen, müssen wir unsere türkischen Kollegen in ihrem Kampf gegen den Faschismus in der Türkei unterstützen.

Daher fordern wir:

Sofortige Freilassung der türkischen Arbeiter und Jugendlichen aus der Untersuchungshaft!

Keine Abschiebung der Verhafteten in die Türkei!

Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen!

P.S. Da für jeden der Verhafteten ein eigener Anwalt bestellt werden muß, bittet der "Verein für die Arbeiter und Jugend aus der Türkei" um Spenden auf folgendes Konto:

Sparkassen Sevice Spendenkonto für Türken Konto-Nr.035 19 24

(FORTSETZUNG von S.1 "Minengürtel..)

4. Es ist für die Studenten verboten auf die Dächer und Terrassen der Wohnheime zu gehen und dort herumzulaufen.

5. Es ist lediglich gestattet den Weg vor dem zentralen Markt und den Weg vor dem Sportsaal zum Betreten oder Verlassen der Wohnheime zu benutzen. Es ist verboten alle anderen Wege zu benutzen, vorallen Dingen die Wege hinter den Wohnheimen.

Wir haben hiermit die Befehle und Verbote der Kriegsrechts- und Campussicherheitskommadanturen, die besonders die Studenten der Wohnheime betreffen, bekanntgegeben.

7.Oktober 1980
der Direktor der Wohnheime
Gultekin Yelco

FOLGENDEN ARTIKEL HAT UNS DAS TÜRKEI-KOMITEE KONSTANZ ZUGESANDT:

Wie aus MÜCKEN...

ZUM POLITISCHEN PROZESS GEGEN NEUN ANTIFASCHISTEN AUS DER TÜRKEI IN HECHINGEN

POLIZEI VERLIESS SICH AUF DIE VERSION DER FASCHISTEN UND ERMITTELTE EINSEITIG UND SCHLAMPIG - JETZT ERWIESEN: "HARMLOSER ZEUGE" HATTE WAGENHEBER IN DER HAND --- WIDERSPRÜCHLICHE ZEUGENAUSSAGEN --- VERFAHREN GEGEN ZWEI ANGEKLAGTE EINGESTELLT ---------SOLIDARITÄT WICHTIG ----SOLIDARITÄT WICHTIG ---- SOLIDARITÄT--

Wenn es nach dem Willen der Staatsanwaltschaft im Hechinger Prozeß geht, werden neun Antifaschisten aus der Türkei für mindestens ein halbes Jahr in den Knast wandern, weil sie beim Flugblatt verteilen in eine Schlägerei hineingezogen wurden.

Bei ihren Ermittlungen genügten den Behörden die Anschuldigungen von zwei an der Auseinandersetzung Beteiligten, um Großeinsätze zu starten und den schwerwiegenden Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs zu erheben.

Zur Erinnerung noch einmal eine Zusammenfassung der Vorfälle aus der Sicht der Angeklagten:

DIE SCHLÄGEREI

Am 19.11.1980 verteilte eine Gruppe von Antifaschisten - darunter fünf ehemalige und derzeitige Konstanzer FH-Studenten - Flugblätter vor einem Balinger Kino, als eine Gang türkischer Faschisten auftauchte und die Linken "anmachte". Es kam zu einem Wortgefecht und schließlich zu einer Schlägerei (mit einigen Leichtverletzten), die von den Faschisten angezettelt wurde. Die Polizei tauchte sehr schnell auf und nahm einige Linke - also die Angegriffenen - fest. Die Faschisten blieben nicht nur unbehelligt, sondern sie durften sogar nach einer anschließenden Polizeirazzia im Türkischen Arbeiterverein Schömberg als Denunzianten auftreten und diejenigen Antifaschisten heraussuchen, die angeblich bei der Schlägerei dabei gewesen sein sollen. Die Polizei verhielt sich also offen parteiisch.

Die mutmaßlichen Faschisten, die jetzt einen Teil der Zeugen stellen und die Angeklagten schwer belasten, behaupten natürlich das glatte Gegenteil: während sie ganz friedlich das Kino hätten besuchen wollen, seien sie zuerst beleidigt und dann noch mit Messern, Ketten und Stöcken geschlagen worden.

Die Staatsanwaltschaft machte sich diese letztere Version zu eigen und erhob folgende Anklagen: gegen zwei Linke wegen Beleidigung, gegen neun wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs.

Dieser Vorwurf ist der gefährlichste für die Angeklagten, weil er als offensichtlich politischer Strafrechtsparagraph dazu dienen soll, aus Mücken Elefanten zu machen. In unserem Fall: aus einer Auseinandersetzung, deren Ausgang, verglichen mit jeder Wirtshausschlägerei, glimpflich war, eine Anklage zu konstruieren, die zu hohen Gefängnisstrafen führen kann. Auf schweren Landfriedensbruch steht mindestens ein halbes Jahr Gefängnis.

Werden die Angeklagten verurteilt, ist ihnen die Abschiebung in ein Land sicher, in dem eine Militärdiktatur gnadenlos jeden Linken verfolgt und seit dem Putsch rund 200 000 Menschen verhaftete (taz, 13.11. 1980).

DER PROZESS

Am Dienstag, 14. Oktober, begann in Hechingen der Prozeß gegen die elf Angeklagten, die bis zu 2 Monate in Untersuchungshaft gehalten wurden.

In den vier bisherigen Verhandlungstagen schälte sich nach und nach der wahre Charakter der Auseinandersetzung heraus, und auch die unglaublichen Ermittlungspraktiken kamen ans Licht: die Anklage gerät immer mehr ins Wanken. Das Verfahren gegen die zwei mutmaßlichen 'Beleidiger' - die 3 Wochen in U-Haft sitzen mußten - wurde, weil offensichtlich unhaltbar, eingestellt: die Kosten des Verfahrens übernimmt die Staatskasse; die Haftzeit wird jedoch nicht bzw. nur zur Hälfte entschädigt.

"... WER ECHTES TÜRKISCHES BLUT IN DEN ADERN HAT ..."

Die bisherigen Zeugenvernehmungen förderten einige interessante Aspekte zutage: so befand sich ein Teil der Zeugen durchaus nicht zufällig vor dem Kino - sie kannten sich untereinander schon lange und traten als Gruppe auf. Sie verhielten sich nach Aussagen einiger neutraler Zeugen auf keineswegs passiv, sondern prügelten kräftig mit. Einer der Hauptbelastungszeugen der Anklage bedrohte diesen Zeugenaussagen zufolge die Flugblattverteiler mit einem Wagenheber. Dieser schlagende Zeuge war es auch, dem im Zeugenstand der denkwürdige Satz herausrutschte: "... wer echtes türkisches Blut in den Adern hat ...". Eine Stunde später bekennt er: "Ich bin Türke, lebe als Türke und werde als Türke sterben." Bemerkenswert war auch, daß er seiner Vernehmung ungefragt ein spezielles politisches Bekenntnis vorwegschickte: "Ich bin unpolitisch und will mit Politik nichts zu tun haben."

Während sich dieser Zeuge so selbst demaskierte, demontierten die anderen das Gebäude der Anklage: sie identifizierten 'Täter', die gar nicht in Balingen waren, sie erinnerten sich nur noch dunkel und widersprachen den Aussagen, die sie bei den polizeilichen Vernehmungen zu Protokoll gegeben hatten. Keiner von ihnen konnte bisher den Passus in der Anklageschrift bestätigen, nach dem jeder der neun Angeklagten ein Messer, eine Kette oder eine Stange in der Hand hatte. Zwar wurden einige der Angeklagten von einigen Zeugen wiedererkannt, doch konnten sie nur bestätigen, daß diese irgendwie dabei waren - nur selten bezeugten sie, daß diese auch schlugen, und nie, daß diese dazu eine Waffe benutzten.

Ob die Angeklagten zurückschlugen oder angegriffen hatten, ist weiterhin unklar - wahrscheinlich ist jedoch, daß sie sich gegen die Angriffe der Faschisten zur Wehr setzten. Es wäre auch illusorisch, von Flugblattverteilern zu erwarten, sich wehrlos den Schlägern hinzugeben - nach all dem, was bisher an ähnlichen Fällen bekannt geworden ist: In Berlin wurde Anfang dieses Jahres C.Kesim beim Flugblattverteilen von der faschistischen Jugendorganisation "Graue Wölfe" erstochen; in Bielefeld ein junger Antifaschist schwer verletzt; in anderen Städten Flugblattverteiler angegriffen. Erst vor zwei Monaten wurde das ATIF-Mitglied Katip Saltan in Aachen von "Grauen Wölfen" in seiner Wohnung überfallen, gefesselt und mit über 20 Messerstichen ermordet.

Daß sich einige der Angeklagten im Hechinger Prozeß angesichts dieser allgegenwärtigen Bedrohung zu schützen versuchten, ist nur zu verständlich: gegen die "Grauen Wölfe" nutzen beschwichtigende Worte und pazifistische Gebärden wenig.

DIE POLIZEI - SCHLIMMER ALS DIE POLIZEI ERLAUBT

Die Polizei verhielt sich in ihren Ermittlungen tatsächlich völlig einseitig und kooperierte mit den Faschisten. Man muß es so ausdrücken: sie handelte faktisch als Instrument der beiden Hauptbelastungszeugen, die als Mitglieder bzw. Sympathisanten faschistischer Organisationen angesehen werden können. Denn sie bestimmten, wer verhaftet werden sollte, sie leiteten gewissermaßen die Polizeiaktion. Und das ist das eigentlich Unerhörte: da kommen zwei an einer Schlägerei Beteiligten an, behaupten "wir wurden geschlagen" - und die Polizei setzt ohne zu zögern ihre gesamte Ermittlungsmaschinerie in Gang, fordert Verstärkung von auswärts an, durchkämmt die ganze Gegend und nimmt Massenverhaftungen vor.

Diese beiden Hauptzeugen
- brachten die Polizei erst auf die Idee, eine Razzia im Arbeiterverein Schömberg durchzuführen;
- sie durften, in einem Kripoauto versteckt, die angeblich Schuldigen aus der Menge der Verhafteten heraussuchen;
- sie halfen bei einer nächtlichen Suchfahrt durch Balingen der Polizei bei der Festnahme von weiteren Linken.

Bei dieser offensichtlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit, kam die Polizei natürlich nicht auf die Idee, ihre Zeugen genauer unter die Lupe zu nehmen - im Gegenteil: sie half, eventuelle Ungereimtheiten in den Zeugenaussagen durch Doppelvernehmungen zu glätten - d.h. der eine erzählte und der andere bestätigte nur noch. Die Identifizierung der 'Täter' wurde ihnen ebenfalls leicht gemacht: die Polizei legte ihnen nur die Fotos der elf Inhaftierten vor. So kommt es, daß die Polizeiprotokolle (größtenteils ohne Dolmetscher geführt) die Angeklagten durchweg schwerer belasten als jetzt die Aussagen in der Verhandlung.

Ein in den Zeugenstand berufener Polizeibeamter wollte dann auch nicht für sein Protokoll bürgen. Dieses verwechselte Namen an entscheidender Stelle und er war sich in mehreren Fällen nicht einmal sicher, ob die Inhaftierten mit den Beschuldigten identisch sind.

DIE VERHANDLUNG: BORNIERTHEIT EINES DEUTSCHEN GERICHTS

Dem Richter, seinen zwei Schöffen und dem Staatsanwalt sitzen im Verhandlungsraum jetzt neun Verteidiger gegenüber (das haben sie von ihren Terroristengesetzen, die die Mehrfachverteidigung abschafften!) - und einige der Verteidiger sind nicht auf den Kopf gefallen ("Also, ich verstehe den Herrn Staatsanwalt akustisch schon wieder nicht, vom Inhaltlichen ganz abgesehen!"). Dennoch - der joviale Umgangston ist bemerkenswert. Klar, Hechingen ist nicht Stammheim und dieses Gericht unter Leitung von Herrn Uebele kein eigentlich politisches. Dafür aber (typisch für den Rechtsverstand des bürgerlichen Gerichtswesens) überaus borniert. Der Vordergrund interessiert, und nicht der Hintergrund. Alle Versuche der Verteidigung, den politischen Zusammenhang des Vorfalls und des Verfahrens zur Sprache zu bringen, werden regelmäßig abgeblockt. Besonders scharf reagierte die Verhandlungsführung auf die Erklärung der Angeklagten, die auf die Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden mit den "Grauen Wölfen" hinwiesen und den westdeutschen Imperialismus mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen in der Türkei in Verbindung brachten. Der Richter versucht, den politischen Gehalt des Verfahrens abzuräumen; er ist oder gibt sich naiv: "Ich habe noch nie etwas von türkischen Idealistenvereinigungen gehört." Die Anklageschrift war da schon viel politischer: sie spricht von ATIF-Mitgliedern, erwähnt den Klassenkampf und geht davon aus, daß diese Gruppe harmlose Ausländer willkürlich zusammenschlage. Die einfache und einsichtige Überlegung, daß das Geschehen vor dem Balinger Kino nur vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Kämpfe in der Türkei (die auch in die BRD hineinwirken) und des Terrors der "Grauen Wölfe" verständlich werden kann, weist das Gericht weit von sich. So lehnt es jede Frage der Verteidiger nach dem politischen Hintergrund der Zeugen als unzulässig ab - denn das gehöre schließlich zur "Intimsphäre"!

WIE GEHT ES WEITER ?

Die Verteidigung hat mittlerweile herausarbeiten können, daß die Hauptbelastungszeugen als Gruppe vor dem Kino auftauchten und einem türkischen Sportverein angehören. Da die türkischen Faschisten selten in entsprechend gekennzeichneten Organisationen versammelt sind und sich vorwiegend in Kultur- und Idealistenvereinen, Moschee-Gemeinschaften und Sportclubs organisieren, ist die Vermutung naheliegend, daß es sich um eine faschistische Tarnorganisation handelt.

Aufgrund der Widersprüchlichkeiten bei den ersten Zeugenvernehmungen haben mehrere Verteidiger dem Staatsanwalt bereits nahegelegt, "über's Wochenende doch mal ein bißchen nachzudenken und das Verfahren einzustellen." Doch der sieht immer noch die Chance, durch diesen Mammutprozeß Demokraten und Sozialisten aus der Türkei aus diesem Land zu weisen und in türkische Foltergefängnisse zu bringen.

Daher ist es auch wichtig, daß weiterhin viele Deutsche den Prozeßverlauf beobachten. Zum nächsten wichtigen Verhandlungstag wollen wir, das Türkei-Komitee, einen Bus organisieren. Über den Termin und die weitere Prozeßentwicklung werden wir über Flugblätter, Wandzeitungen in der Uni, FH und im "Miggle" und in der nächsten Ausgabe des NEBELHORNs berichten.



DER TKP-VORSITZENDE (KOMMUNISTISCHE PARTEI DER TÜRKEI) ÜBER "LINKEN UND RECHTEN TERROR":

Der Vorsitzende der TKP gab zwei Wochen vor dem Putsch der DDR-Zeitung "Horizont" ein langes Interview über die Lage in der Türkei. Interessant ist dabei vor allem seine Stellungnahme zur revolutionären Gewalt und zum faschistischen Terror.

Was den „linken" Terrorismus betrifft, so ist er durch Differenzierung und die politische Degenerierung eines Teils der „links"-radikalen Gruppen entstanden. Noch heute spielen die verschiedensten maoistischen Gruppen eine aktive Rolle innerhalb dieser Terrorgruppen. Ein Teil dieser „linksterroristischen Gruppen wird direkt von der CIA und der MIT organisiert. Man bedient sich ihrer offen und vorsätzlich, um die Angriffe der herrschenden Klassen auf die demokratischen Freiheiten zu rechtfertigen.

Der rechte Terrorismus sowie ein Teil des „linken" Terrorismus, organisiert direkt von den imperialistischen Zentren, ist eine sich zunehmend etablierende Repressionsmethode des Regimes gegenüber den Massen. Der Terrorismus eskaliert von Tag zu Tag. Allein in dieser Regierungsperiode wurden mehr als 2000 Bürger Opfer des Terrorismus.

Das ewig altbekannte Argument, das ja auch in der deutschen Geschichte bei der Machtübernahme durch die Hitlerfaschisten eine große demagogische Rolle spielte, wird hier von einem sich "kommunistisch" Deklarierenden neu verkauft: die revolutionären Organisationen, die sich mit revolutionärer Gewalt gegen die faschistischen Überfälle zur Wehr setzen, die gezielt faschistische Mörder etc. mit revolutionärer Gewalt bestrafen, sind angeblich vom Geheimdienst bezahlt und sind der Vorwand für einen faschistischen Militärputsch. Wo unterscheidet sich diese Argumentation eigentlich von der der an der Macht befindlichen Junta? Unserer Meinung nach im wesentlichen in gar nichts. Sie unterstützt mit solchen Argumenten genau deren Vorgehen gegen die revolutionären Organisationen in der Türkei!

Hier befindet sich die TKP auch in fast wörtlicher Übereinstimmung mit der russischen sozialimperialistischen Staatsführung. In der Prawda vom 30.10. beurteilt diese den faschistischen Putsch folgendermaßen: "Der Putsch am 12. September habe einer von der Terroristentätigkeit rechts- und linksextremistischer Gruppen gekennzeichneten Periode der 'politischen Instabilität' und zwischenparteilichen Kämpfen ein Ende bereitet. Die 'Prawda' hob hervor die Militärs hätten den 'vorläufigen Charakter' ihrer Machtausübung betont und eine neue Verfassung in kürzester Zeit angekündigt. Das politische Programm der neuen türkischen Machthaber enthalte den Willen, die 'Beziehungen zu den Nachbarstaaten, einschließlich der Sowjetunion zu verbessern'." (zitiert nach TSP vom 1.11.)

R.Bauer

TECHNISCHER HINWEIS FÜR UNSERE LESER: BETRIFFT FOTOS

Bereits nach der ersten Nummer der 'Türkei im Kampf' bekamen wir eine Menge Zuschriften und Fotos geschickt. Fotos können wir für die 'TIK' besonders gut gebrauchen. Allerdings gibt es bei den zugesandten Fotos folgendes Problem: Uns nützen FARBFOTOS ÜBERHAUPT NICHTS ! Beim Druck werden Farbfotos völlig unbrauchbar, da die Kontraste bei Farbfotos viel schwächer als bei Schwarz-Weiß-Fotos sind. Das Ergebnis von gedruckten Farbfotos (siehe Foto von der ATIF-Demo in Aachen in TIK Nr.1) ist eine grau in grau Suppe. Wenn ihr selbst oder eure Freunde fotographieren, achtet bitte darauf einen Schwarz-Weiß-Film zu benutzen, wenn die Fotos für politische Zwecke benutzt werden sollen (das sollte ja eigentlich auch der Zweck beim Fotographieren auf Demos etc. sein).

Ebenso ist bei den Fotos darauf zu achten, daß sie zum einen einen gewissen Überblick über die Aktion oder Demo ermöglichen sollen, zum anderen noch Transparente etc. erkennbar sein sollen, die über Anlaß, Ziel etc. der Demonstration etwas aussagen.

Wir hoffen, daß nun eine wahre Flut von Schwarz-Weiß-Fotos über uns hereinbricht, denn es ist schließlich nicht gerade ermutigend, wenn in der bürgerlichen Presse immer "schönere", d.h. erkennbarere Fotos von Aktionen veröffentlicht werden als von uns selbst!

★★★★★★★★★★★★★★★

Terör ve eroin kaçakçılığına karşı Türk- Alman işbirliği başladı

Kaçak teröristleri almak için 60 kişilik özel tim geldi. Mafia'nın "Babalar"da özel ekiplerce aranacak

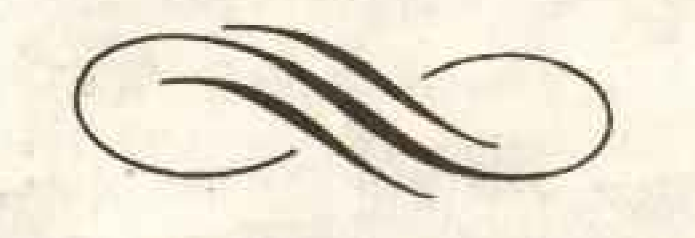
Bir milyar liralık eroin karşılığı silah getirileceği saptandı

Almanya'da militan avına Türk Polisi de katılıyor

"DIE TÜRKISCHE POLIZEI BETEILIGT SICH AN DER JAGD AUF TÜRKISCHE EXTREMISTEN IN DEUTSCHLAND"

Unter dieser dick aufgemachten Schlagzeile veröffentlichte die türkische Tageszeitung 'Hürriyet' auf ihrer ersten Seite am 15.11.80 einen Bericht. Nach dem Bericht ist eine türkische Polizeitruppe von 60 Beamten in die BRD geschickt worden, um sich "an der Jagd auf türkische Extremisten" zu beteiligen. Da ja bekannt ist, wer hier von den Behörden und bürgerlichen Medien als "türkische Extremisten" bezeichnet wird, nämlich die demokratischen, antifaschistischen und fortschrittlichen Organisationen der Arbeiter, Studenten, Jugendlichen etc. aus der Türkei, besagt diese Meldung nichts anderes, als daß sich die Zusammenarbeit zwischen der westdeutschen Polizei und der faschistischen türkischen Polizei offensichtlich bestens bewährt und sie noch gezielter gemeinsam gegen Antifaschisten aus der Türkei in der BRD und Westberlin vorgehen wollen.

M.Kiliarslan



WARUM GIBT ES KEINE BREITE AKTIONSEINHEIT ZWISCHEN DEN ANTIFASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN AUS DER TÜRKEI

In der Türkei herrscht momentan der nackte faschistische Terror. Allein in dem einen Monat nach dem Militärputsch wurden über 10.000 Antifaschisten in die Kerker geworfen. Militärgerichte sprechen am laufenden Band hohe Kerkerstrafen und sogar Todesurteile aus. Fortschrittliche Gewerkschaften und Organisationen sind verboten. Streiks werden gestützt auf die Bajonette und mit Panzern bekämpft, jegliche Opposition wird blutig unterdrückt.
Presse, Rundfunk und Fernsehen in Westdeutschland und Westberlin drücken die Billigung des Putsches durch die westdeutschen Monopolherren aus. Die Militärjunta wird offen vom westdeutschen Imperialismus unterstützt.

Angesichts dieser Situation ist eine breite Aktionseinheit unter den antifaschistischen Organisationen aus der Türkei - aber nicht nur aus der Türkei - eine dringende Notwendigkeit. Trotzdem ist es aber so, daß Aktionseinheiten unter fortschrittlichen Organisationen aus der Türkei seltene Ausnahmen sind. Wir werden von vielen Antifaschisten nach den Gründen für das Scheitern von Aktionseinheiten gefragt. Einige sagen uns, daß es am Sektierertum der ATIF liegt, wenn keine Aktionseinheiten zustande kommen. Wir wollen zu dieser Frage noch einmal öffentlich Stellung nehmen, damit sich jeder Antifaschist ein Bild machen kann, ob es tatsächlich an unserem vermeintlichen Sektierertum liegt.
Wir sind der Meinung, daß Aktionseinheiten unter antifaschistischen Organisationen notwendig und möglich sind.
Wenn wir bestimmte Aktionen vorhaben, laden wir alle antifaschistischen Organisationen zu Aktionseinheitsverhandlungen ein. (Die T'K'P und ihre direkten Ableger laden wir nicht ein, da wir sie nicht als antifaschistische Organisationen einschätzen, weil sie unter der Maske des Antiimperialismus die Sache des russischen Sozialimperialismus vertreten.)
TIKP (Aydınlık), Anhänger der heutigen chinesischen Revisionisten (Arbeiter und Bauern Partei der Türkei)

Bei den Aktionseinheitsverhandlungen diskutieren wir mit den antifaschistischen Organisationen über die Grundlagen und Ziele der Aktionen und versuchen eine gemeinsame Plattform zu verabschieden. Das klappt aber meistens nicht, weil es zwischen den verschiedenen Organisationen tiefgehende ideologisch-politische Differenzen gibt.
Auch wenn keine gemeinsame Plattform zustande gekommen ist, halten wir gemeinsame Aktionen für sinnvoll, die auf Einheit der Aktion und Freiheit der Agitation und Propaganda basieren.
Es ist logisch, daß die bestehenden Differenzen zwischen den antifaschistischen Organisationen auch in der gemeinsamen Aktion zum Ausdruck kommen. Eine offene und öffentliche solidarische Kritik und Auseinandersetzung um richtige Positionen in der gemeinsamen Aktion ist unserer Meinung nach kein Hindernis für die gemeinsame Aktion.
Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs ist es in die gemeinsame Aktion die von ihm als richtig eingeschätzten Positionen hineinzutragen.
Jede Verhinderung der Freiheit der Agitation und Propaganda im Namen der einheitlichen Aktion ist unserer Meinung nach falsch und schädlich.

Viele antifaschistische Organisationen teilen diese Meinung nicht. Sie fordern, in der gemeinsamen Aktion auf die freie Agitation und Propaganda zu verzichten. Sie sagen, daß nach außen eine völlige Einheit demonstriert werden soll. Es wäre gut und schön, wenn es diese Einheit auch geben würde. Tatsache ist aber, daß es diese Einheit nicht gibt. Deshalb gibt es auch so viele verschiedene Organisationen. Trotzdem kann man zu bestimmten Fragen Aktionseinheiten durchführen, wenn die bestehenden Differenzen nach außen nicht verdeckt werden, sondern durch die Freiheit der Agitation und Propaganda zum Ausdruck gebracht werden. Antifaschisten und Revolutionäre sollten keine Angst davor haben, sich mit anderen Positionen auseinanderzusetzen ! Das ist unsere Meinung. Deshalb verteidigen und praktizieren wir überall wo es möglich ist :
EINHEIT DER AKTION - FREIHEIT DER AGITATION UND PROPAGANDA !

↑

Dieses Flugblatt, das ATIF anläßlich des Hungerstreiks herausgab, erscheint uns nicht nur für die Frage der Aktionseinheit unter Organisationen aus der Türkei wichtig, sondern ebenso für die Aktionseinheit zwischen deutschen Organisationen, die, wie auch die Aktionen zum Hungerstreik zeigten, oftmals dieselben falschen Positionen vertreten, wie sie in dem Flugblatt kritisiert werden.

--- PRESSESPIEGEL ---

WEDDINGER NEUE ZEITUNG

Hungerstreik gegen türkische Militärjunta und „Türkei-Hilfe"

HUNGERSTREIK – GEGEN DIE FASCHISTISCHE MILITÄRJUNTA IN DER TÜRKEI UND GEGEN DIE ART VON „TÜRKEIHILFE"

GEMEINSAMES FLUGBLATT VON SYMPATHISANTEN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN ZEITSCHRIFT AUS DER TÜRKEI "P A R T I Z A N" IN WESTDEUTSCHLAND UND VON "G E G E N D I E S T R Ö M U N G":

FASCHISTISCHER MILITÄRPUTSCH IN DER TÜRKEI -

FASCHISTISCHES ATTENTAT IN MÜNCHEN -

Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht vom Kampf gegen den Imperialismus getrennt werden !

"TIP" Türkenprotest **Hungerstreik in Haft**

"Stuttg. Nachr." **Hungerstreik gegen Militärs**

"FR" **Türken: Büttel der Junta**

Protest gegen Bestrebungen, Asylrecht zu beschneiden

"SZ" **Zehn Türken im Hungerstreik**

Protestaktion gegen Inhaftierung von 27 Landsleuten in Augsburg

"Kölner R." **Hungerstreik zur Situation in der Türkei**

"Abend" **Hungerstreik**

Gegen die Unterstützung der türkischen Militärdiktatur durch die Bundesrepublik protestieren seit Montag 73 Türken mit einem Hungerstreik in Berlin und im Bundesgebiet. Sie wollen dadurch auch der „Verfolgung antifaschistischer Gruppen durch deutsche Behörden" Nachdruck verleihen.

"TAZ" Türkei **Hungerstreik gegen Militärdiktatur**

In allen Städten, in denen der Hungerstreik stattfand, wurden Pressekonferenzen organisiert. Die bürgerliche Presse berichtete, wie gewöhnlich, nur sehr spärlich. (siehe nebenstehenden Pressespiegel). Aber auch viele der sich links oder revolutionär nennenden Zeitungen ignorierten den Hungerstreik und berichteten mit keiner Zeile darüber, wie z.b. der "Arbeiterkampf" (KB) oder der "Rote Morgen" (KPD)

AKTIONEN ZUM HUNGERSTREIK:

Wie wir in der letzten Nummer der "Türkei im Kampf" bereits berichteten, fand vom 13.10. an eine Woche lang in verschiedenen Städten in Westdeutschland und in Westberlin, sowie in verschiedenen Gefängnissen ein von der ATIF organisierter Hungerstreik statt.



Der Hungerstreik fand in folgenden Städten statt: Augsburg, Köln, Wiesbaden, Stuttgart und in Westberlin. In den Hungerstreik traten jeweils 10 Freunde der ATIF. In folgenden 8 Gefängnissen beteiligten sich insgesamt 25 Gefangene an dem Hungerstreik: Landsberg, Keishemm, München, Wiesbaden, Aichach und in Augsburg (dort in 3 Gefängnissen).

In allen Städten wurden parallel zum Hungerstreik die verschiedensten Aktionen durchgeführt,um auf den Streik und seine Ziele aufmerksam zu machen. Es wurden Flugblätter verteilt, Wandzeitungen aufgehängt, Veranstaltungen durchgeführt. In Frankfurt fand am 18.10 eine Juristische Konferenz statt. Hier berichteten verschiedene Anwälte über die verschiedenen Prozesse gegen Freunde der ATIF und über das Ausländergesetz.(Wir werden darüber in der nächsten "Türkei im Kampf" näher berichten) Am 18.10 fanden als Abschluß des Hungerstreiks folgende Demonstrationen statt: Stuttgart, ungefähr 500 Teilnehmer, Augsburg, ungefähr 350 Teilnehmer, Rüsselsheim, ungefähr 300 Teilnehmer, Köln ungefähr 300 Teilnehmer und in Westberlin mit ungefähr 200 Teilnehmern.



Demonstration in Köln

FOLGENDE VEREINE, GRUPPEN UND ORGANISATIONEN HABEN MIT SOLIDARITÄTSERKLÄRUNGEN DIE AKTIONEN ZUM HUNGERSTREIK UNTERSTÜTZT:

* GUAFS (Generalunion afghanischer Studenten im Ausland)
* Sympathisanten der revolutionären Bewegung Afghanistans
* Sympathisanten von PEYKAR(Kampforganisation zur Befreiung der Arbeiterklasse im Iran)
* Redaktion von "Türkei im Kampf"
* TÜRKEI-SOLIDARITÄTSGRUPPE NÜRNBERG
* "GEGEN DIE STRÖMUNG"(Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands)
* "WESTBERLINER KOMMUNIST"(Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins)
* PARTIZAN(marxistisch-leninistische Zeitschrift aus der Türkei)
* Devrimci HALKIN BIRLIGI
* HALK BAYRAGI
* CISNU/ Darmstädter Zentrale

WESTDEUTSCHE POLIZEI GEHT GEGEN DEN HUNGERSTREIK VOR:

Der Augsburger Verein der ATIF, der in letzter Zeit zahlreiche Schikanen von Seiten der westdeutschen Polizei erfahren hat, blieb auch während des Hungerstreiks nicht davon verschont. Schon am 2.Tag kreuzte die Polizei am Ort des Hungerstreiks (Göppinger Mauer) auf und forderte, daß das Transparent das an der Hausfront angebracht war - Hier findet ein Hungerstreik statt - abgenommen wird.

Im Knast waren die Repressionsversuche natürlich noch viel stärker. Am 2. Tag des Hungerstreiks kamen Kriminalpolizisten zu jedem einzelnen Hungerstreikenden im Knast, teilten jeweils mit, daß der Hungerstreik ungesetzlich sei und versuchten die Freunde unter Druck zu setzen, ihren Hungerstreik zu beenden.

"Versöhnungskampagne" in türkischen Gefängnissen

2 Revolutionäre im Zentralgefängnis Davut Paşa ermordet

Im Zentralgefängnis Davutpasa/Istanbul werden alle politischen Gefangenen eines Morgens kurz nach dem Militärputsch vom 12.9.80 in den Gefängnishof getrieben. Es sind sowohl Gefangene, die revolutionären linken Organisationen angehören oder mit ihnen sympathisieren, als auch Gefangene, die faschistischen Organisationen angehören. Alle Gefangenen müssen sich gemeinsam in langen Reihen aufstellen.

Vor ihnen postieren sich Soldaten mit den Gewehren im Anschlag. Der Befehl ertönt: "Hissen der türkischen Nationalflagge, Absingen der Nationalhymne aller Türken!"

Sofort stimmen die Faschisten die Nationalhymne an. Die revolutionären Gefangenen bleiben stumm. Der verantwortliche Offizier läßt zwei Revolutionäre vortreten. Er erteilt den Schießbefehl. Die zwei Revolutionäre brechen im Kugelhagel zusammen.

Der verantwortliche Offizier läßt die restlichen revolutionären Gefangenen, die stumm bleiben, vortreten. Sie werden zum Foltertrakt des Gefängnisses abgeführt. Von allen Gefängnistrakten aus, die um den Hof liegen, wird dieses grausame Schauspiel von den anderen Gefangenen verfolgt.

Die gefolterten Gefangenen kommen drei Tage später in ihre Zellen, koğuş (Zellen in türkischen Gefängnissen, in die 50-200, in Davutpasa sind es meist bis zu 300 Gefangene gepfercht werden) zurück. Ihre Körper, ihre Gesichter sind grauenhaft zugerichtet, überall haben sie offene Folterwunden.



Es herrscht Ruhe in der Türkei! Die Demokratie wird wiederhergestellt !

So also versuchen die faschistischen Gefängnisbüttel die "Versöhnungskampagne", die die Militärjunta nach ihrer Machtergreifung anordnete, durchzuführen: Der Mut, die Persönlichkeit und Standhaftigkeit der revolutionären Gefangenen sollen gebrochen, ja vernichtet werden. Sie sollen dazu getrieben werden, sich mit den Faschisten, mit der Militärjunta "auszusöhnen".

Und nicht nur im Zentralgefängnis Davutpasa in Istanbul wiederholt sich täglich dieses Schauspiel. Auch im Militärgefängnis Selimiye/Istanbul und im Militärgefängnis Mamak/Ankara werden diese "Erziehungsmaßnahmen" brutal und unerbittlich durchgeführt. Die Gefangenen dieser Gefängnisse konnten Informationen darüber nach draußen schmuggeln.

In der türkischen Presse wird unterdessen ein Foto nach dem anderen mit sogenannten angeblichen Versöhnungsszenen von Faschisten und linken Gefangenen veröffentlicht. Natürlich gibt es keine Nachricht, keine Zeile über die zu Tode gefolterten Revolutionäre bei dieser "Versöhnungskampagne". Aber trotzdem wird es nicht gelingen, alle Informationen und Berichte aus den Gefängnissen über die Wirklichkeit dieser "Versöhnungskampagne" zu unterdrücken.

****